

Jetzt soll Winfried Kretschmann helfen

Regionales Gewerbegebiet Bürgermeister Jens Keucher und der Regionalverband suchen beim Land Unterstützung; Kreisgrüne legen den Finger in die Wunde. Der Flächennutzungsplan zeigt Ungereimtheiten. Die Bürgerinitiative zeigt sich eher amüsiert. *Von Jürgen A. Klemenz*

Ein gemeinsamer Brief der Stadt Sulz, unterzeichnet von Bürgermeister Jens Keucher, dem Regionalverband und der Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg, hat die Diskussion um das Regionale Gewerbegebiet zwischen Holzhausen und Bergfelden neu befeuert und auf eine höhere Ebene gehoben. In dem Schreiben wird Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) um „persönliche Unterstützung sowie auch um die Unterstützung der Landesregierung“ gebeten, um „der Öffentlichkeit die Erforderlichkeit und die Dringlichkeit von solch großflächigen Flächenangeboten nachhaltig zu verdeutlichen.“

Der Sprecher der Bürgerinitiative „Pro Mühlbachebene“, Jörg Dinkelacker zeigte sich erfreut, dass sich die Landesregierung jetzt um das Thema kümmere und so auch dort die Argumente der Initiative zur Sprache kommen werden. Er stuft den Brief eher als eine Verzweigungstat des Bürgermeisters und des Landrats ein.

Von dem Brief an den baden-württembergischen Regierungschef erhoffen sich Keucher und die beiden Organisationen, die als Trio das Regionale Gewerbegebiet durchsetzen wollen, ein „ähnliches landespolitisches Engagement für unsere Raumschaft wie im Falle der Ansiedlung der Cellcentric-Brennstoffzellenfabrik in Weilheim/Teck“. Kretschmann hatte in Weilheim vor einem Bürgerentscheid ausdrücklich für das Projekt geworben.

Weiter heißt es in dem Schreiben, dass es „auf kommunalpolitischer Ebene leider in der Region und vor Ort Akteure gibt, die dieses Projekt pauschal ablehnen und die Erforderlichkeit von Flächenbereitstellungen für innovative industrielle Großansiedlungen nicht nachvollziehen wollen“.

Keine Kehrtwende

Auf den Vorhalt, dass Jens Keucher mit der Aufforderung an den Ministerpräsidenten zur Unterstützung seine bisher eher unklare Haltung zum Gewerbegebiet nun in eine deutliche Pro-Haltung verändert habe, sagte Keucher: „Das sehe ich nicht so.“ Stuttgart habe im Landesentwicklungsplan 2002 für die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg als besondere Entwicklungsaufgabe die regionale Standortvorsorge und Flächensicherung für landesbedeutende Industrieansiedlung durch Ausweisung eines regionalen Gewerbegebiets vorgesehen.

Die Region habe diese Aufgabe im Landesentwicklungsplan 2006 umgesetzt, und der Sulzer Gemeinderat habe 2021 die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen, um Ansiedlungen auch bauplanungsrechtlich zu ermöglichen. „Wieso stehen wir hier in der Kritik, warum äußerst sich niemand aus Stuttgart?“, fragt Keucher. Die Region werde nur vorgeschoben, „denn ursprünglich stand Stuttgart hinter dem Projekt. Wenn das Land die Fläche nicht mehr für eine Ansiedlung will, hätte es im Regionalverband und bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft die Zusammenarbeit für beendet erklären müssen.“ Aber aus Stuttgart sei keine Reaktion gekommen. „Das Regionale Gewerbegebiet ist keine Sache der Region allein, das Land soll zeigen, dass es dahintersteht“, fordert Keucher.

Die Stadt Sulz habe mit dem Abschluss des Treuhandvertrags die Voraussetzung geschaffen, dass die noch fehlenden Gut-



Auf den Feldern zwischen Holzhausen und Bergfelden soll ein Regionales Gewerbegebiet entstehen. Die Bürgerinitiative „Pro Mühlbachebene“ versucht, dies zu verhindern.

Archivbild: Jürgen A. Klemenz

achten erstellt werden können. „Es kann sein, dass in den weiteren Verfahren durchaus noch eine Kehrtwende eintreten kann. Wir sollten jetzt zu einer Entscheidung kommen“, sagt Keucher.

Er räumt ein, dass noch einiges unklar sei, zum Beispiel, wo die Ausgleichsflächen für Landwirte herkommen sollen, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Dies sei „eine große Herausforderung“. In diesem Zusammenhang widersprach er entschieden der Darstellung, er habe bei der nichtöffentlichen Versammlung mit rund 70 Grundstückseigentümern des Gebiets vor einer Woche gesagt, dass „vielleicht der eine oder andere Landwirt aufgeben muss“, wie zwei Teilnehmer der Versammlung der SÜDWEST PRESSE berichteten. „Das hab' ich bestimmt so nicht gesagt. Denn es sind unsere Landwirte, und sie sind auch Gewerbetreibende“, bekräftigt Keucher.

Jetzt bei zwölf Euro

Bei dieser Versammlung wurde den Grundstückseigentümern eine frohe Botschaft übermittelt. Alle, die an die Stadt verkaufen und auch diejenigen, die schon vor Jahren einen Optionsvertrag unterzeichnet haben, bekommen bei der Realisierung der Industrieansiedlung anstelle der bisher genannten Summe von drei Euro pro Quadratmeter nun zwölf Euro. Und sollte der Grundstückskäufer einen höheren Preis zahlen, gibt es einen Bonus. Das versprach Benno Haberkorn von der Kommunalentwick-

lung, der dieses Bonussystem als Anreiz zum Verkauf an die Stadt schon im Gemeinderat vorgestellt hatte.

Die Northvolt-Mär

Einen Sachverhalt haben die Briefeschreiber durchaus diskutabel interpretiert: Sie trauern der Nichtansiedlung des schwedischen Batterieherstellers Northvolt nach. Der habe nicht in Sulz, sondern in Heide in Schleswig-Holstein investiert – angeblich weil in Sulz noch kein verbindliches Baurecht vorgelegen habe.

Dabei waren tatsächlich der prognostizierte Strom- und vor allem der Wasserbedarf der Industrieanlage so groß, dass Sulz dies nur mit allergrößten Anstrengungen hätte bewältigen können. Der Industriestandort hätte mit einer Leitung vom Neckar versorgt werden und das Wasser mit einer weiteren Leitung – nach Wärmerückgewinnung – in den Fluss zurückgeführt werden müssen. 11000 Kubikmeter Kühlwasser hätten pro Tag hochgepumpt werden müssen.

Der Strombedarf hätte bei 250 Megawattstunden bis zum Jahr 2028 gelegen, wobei der Strom aus regenerativen Energiequellen hätte kommen sollen. „Mit einem entsprechenden Aufwand wäre es machbar gewesen“, sagte Keucher rückblickend. Der damalige Bürgermeister Gerd Hieber kommentierte seinerzeit aber: „Das ist in Baden-Württemberg nicht möglich.“ Und das war letztlich der Grund, warum Sulz nicht zum Zuge kam.

Pläne nicht aktualisiert

Es gibt weitere Unklarheiten: So soll nach Informationen der NECKAR-CHRONIK der Flächennutzungsplan nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Denn bei der ersten Ausweisung eines Regionalen Gewerbegebiets sah der Plan ein Gebiet näher auf der leicht ansteigenden Fläche Richtung Holzhausen vor. Nachdem klar war, dass Daimler seine Teststrecke nicht in Sulz, sondern in Immendingen bauen würde, wurde die Fläche von Holzhausen weg in Richtung Autobahn verschoben, dies aber im Flächennutzungsplan nicht verbindlich dargestellt. Dieses Versäumnis fiel in die Amtszeit von Keucher-Vorgänger Gerd Hieber.

Stadtbaumeister Reiner Wössner sagte auf Nachfrage: „Es stimmt, dass die Darstellung im Regionalplan mit dem Flächennutzungsplan nur nachrichtlich erfolgt ist.“ Deshalb werde man im Parallelverfahren eine Anpassung vornehmen und „die nachrichtliche Darstellung wird zu einer verbindlichen Darstellung. Das ist seit einem Jahr bei uns auf dem Tisch.“ Die Frage, warum diese Anpassung in

zwölf Monaten noch nicht erfolgt sei, beantwortete Wössner so: „Dazu muss auch Geld vorhanden sein.“ Dieses Geld wird durch den abgeschlossenen Treuhandvertrag beschafft. „Das ist jetzt kein Hexenwerk mehr, denn darüber stimmen die gleichen Leute ab, die über den Bebauungsplan abstimmen“, sagte Wössner. Was nicht die volle Wahrheit ist, denn Sulz bildet mit Vöhringen eine Verwaltungsgemeinschaft, und beim Flächennutzungsplan müssen beide Gemeinderäte zustimmen.

Grüne: Vieles unklar

Der von Jens Keucher von der Stadt Sulz, von Jürgen Roth und Henriette Stanley von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, von Landrat Wolf-Rüdiger Michel als Vorsitzendem des Regionalverbands und von Marcel Herzberg als Regionalverbandsdirektor unterzeichnete Brief an Kretschmann und die CDU-Ministerinnen Nicole Hoffmann-Kraut (Wirtschaft) und Nicole Razavi (Entwicklung) ging übrigens ohne Information an die Mitglieder der Verbandsversammlung raus, diese wurden erst elf Tage später nachrichtlich informiert. Darauf verwies die Rottweiler Kreistagsabgeordnete Sonja Rajsp (Bündnis 90/Die Grünen), die sich nach Bekanntwerden des Briefes ebenfalls mit einem Schreiben an Kretschmann gewandt hat, um im Namen der Grünen- und der ÖDP-Fraktion des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg einige Dinge richtig-beziehungsweise klarzustellen.

Rajsp verwies darauf, dass 30 Hektar der 80 Hektar großen Fläche noch nicht gesichert seien, da die ansässigen Landwirte nicht verkaufen wollen. 80 Hektar Ackerland – Vorrangflur 1 und 2 – gingen verloren. Die neue Verwaltungsvorschrift zur Standorteignungskartierung wurde bei der Planung noch nicht berücksichtigt; da sei der Kreis Rottweil hindrand. Die Flächen werden wohl nach der neuen digitalen Flurbilanz 2022 zu den Vorrangfluren I, einige sogar zur Vorrangflur gehören, die der landwirtschaftlichen Nutzung vorzuhalten sind.

Zudem sei ein neuer Landesentwicklungsplan in Arbeit, der andere Prioritäten setze als der von 2002. Es sei äußerst fraglich, ob im neuen Plan weiterhin zahlreiche regionale Gewerbegebiete ausgewiesen werden sollen, so Rajsp.

Sie verwies darauf, dass im Beteiligungsverfahren viele Einwände kamen: So vom Bund für Umwelt und Naturschutz Oberndorf/Sulz, vom Landratsamt Rottweil, untere Naturschutzbehörde vom Landwirtschaftsamt, vom Landesbauernverband, vom Regierungspräsidium Freiburg, von der höheren Natur-

schutzbehörde und von der Handwerkskammer Konstanz. So meldet die Obere Naturschutzbehörde erhebliche artenschutzrechtliche Bedenken an und schlägt vor, eine andere Fläche zu suchen. Laut Koalitionsvertrag CDU/Grüne will Baden-Württemberg bis 2035 zur Netto-Null beim Flächenverbrauch gelangen. 80 Hektar Gewerbegebiet würden dieses Ziel konterkarieren.

Es wurde beim baden-württembergischen Landtag im Juli 2022 eine Petition eingereicht. Es sei guter Brauch, dass keine irreversiblen Entscheidungen getroffen werden, solange eine Petition anhängig ist. Rajsp fasst zusammen: „All diese Punkte zusammengenommen lassen unsere Fraktion daran zweifeln, dass die Weiterführung der jahrzehntelangen Planung des regionalen Gewerbegebiets sowohl in ihrer Sinnhaftigkeit bei der Planung als auch in Kollateralschäden bei der Umsetzung noch zeitgemäß ist. ‚Zeitenwende‘ ist mittlerweile ein geflügeltes Wort, und wir glauben, dass es auch auf das regionale Gewerbegebiet Sulz zutrifft.“

Geordneter Rückzug?

Vertreter der Bürgerinitiative „Pro Mühlbachebene“ trafen sich am Freitagabend in Bergfelden, um den Keucher-Brief zu diskutieren und zu bewerten. Sprecher Jörg Dinkelacker sagte mit einem gewissen Schmunzeln: „Es ist doch schön, dass unsere Einwände dazu geführt haben, dass sich der Landrat und der Sulzer Bürgermeister nicht mehr anders zu helfen wissen, als sich an die Landesregierung zu wenden. Wir finden es super, wenn sich das jetzt die Regierung anschaut.“

Was Dinkelacker ärgert: „Wir werden pauschal als Gegner einer Großansiedlung hingestellt. Das sind wir aber nicht! Wir sind nur dagegen, dass die Ansiedlung an einem Ort mit den besten Ackerböden der Region erfolgen soll. Das kann man einfach nicht machen.“

Dinkelacker weist zudem darauf hin, dass die Vorgaben im Landesentwicklungsplan 2002 zur großflächigen Ansiedlung in der Region durch den Bau der Daimler-Teststrecke in Immendingen bereits erfüllt seien. „Das war ein positives Beispiel für das produktive Zusammenwirken von Regionalverband und Umweltverbänden. Damit sind die Vorgaben des Landesentwicklungsplans erfüllt.“

Auf die Frage, ob er in Keuchers Brief den Anfang eines geordneten Rückzugs sehe, sagte Dinkelacker, die Chancen seien groß. Er habe den Eindruck, dass man jetzt sagt: „Wenn ihr nicht wollt, dann lassen wir es eben.“



Im September 2021 hatten Landwirte mit beleuchteten Traktoren das Ausmaß des geplanten Regionalen Gewerbegebiets dargestellt. Rund 1000 Menschen protestierten, 247 Widersprüche von Bürgern gingen binnen Kurzem bei der Sulzer Stadtverwaltung ein.

Privatbild